

Zivilgesellschaft und Vereinswesen in Südosteuropa

Zur Genese des Konzepts von „Zivilgesellschaft“

Der Begriff „Zivilgesellschaft“ hat in den letzten drei Jahrzehnten erhebliche Bedeutung erlangt. Unmittelbar nach der politischen Wende 1989 wurde „Zivilgesellschaft“ bzw. „civil society“ vor allem im Kontext der postsozialistischen Transformation zu einem Schlüsselbegriff von nahezu magischer Bedeutung und Kraft – und von ebenso vielen Missverständnissen und Enttäuschungen. Letztere rührten vor allem daher, dass der Begriff bzw. das Ziel seiner Realisierung fast völlig undifferenziert angewendet wurde – auf das westliche Europa ebenso wie auf alle jene Länder, die aus dem kollabierten Sowjetblock hervorgingen – von Estland bis nach Bulgarien.¹

Zivilgesellschaft, seltener auch Bürgergesellschaft genannt, ist ein Konzept, das auf einer in der europäischen Geschichte der letzten sechs bis sieben Jahrhunderte entstandenen, wichtigen Dreiteilung von Staat und Gesellschaft beruht. Beinhaltete die ältere Struktur die Zweiteilung der Gesellschaft zwischen der Herrschaft bzw. dem Staat einerseits und den Beherrschten andererseits, also den Individuen bzw. Familien- und Verwandtschaftsgruppen, so formierte sich, beginnend im Spätmittelalter, zwischen Adel und Volk im wachsenden Stadtbürgertum eine dritte Kraft, die über die folgenden Jahrhunderte immer mehr Geltung und Macht gewann: die Bürgergesellschaft. Eine ihrer wesentlichen Grundlagen und Forderungen war es, an Stelle der partikularen Interessen der traditionellen, oftmals sehr mächtigen Netzwerke von Familien, Verwandtschaften, Freundschaften und Klientele den Sinn der Bürger für das Gemeinwohl (engl. „common weal“, frz. „bien public“) aktiv zu entwickeln. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür war, die Vorherrschaft des privaten Vertrauens zugunsten der

1 Zur Thematik der Zivilgesellschaft im östlichen Europa siehe Jörg Hackmann, Klaus Roth (Hgg.): Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart. München: R. Oldenbourg Verlag 2011.

Entwicklung und Stärkung des anonymen oder institutionellen Vertrauens zu brechen, was Anthony Giddens² als ein zentrales Merkmal der Moderne ausgemacht hat. Zu den gesellschaftlichen und geistigen Grundlagen der Zivilgesellschaft schrieb der französische Historiker und Politiker Alexis de Tocqueville (1805–1859), der 1826 in den USA die kommunale Selbstverwaltung und die Kirchen als Orte bürgerlichen Engagements beobachtet hatte, hier lernten die Bürger jene „habits of the heart“, die die Grundlage einer Zivilgesellschaft seien. War der Träger der Zivilgesellschaft anfangs in erster Linie das mächtig gewordene Bürgertum, so gesellten sich im 18. Jahrhundert – mit der Aufklärung – auch Teile des Adels hinzu, seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dann auch Teile der „Arbeiterklasse“ und weiterer Sozialschichten.

Zivilgesellschaft meint damit, in Anlehnung an Jürgen Habermas, in fast normativer Weise das liberale Projekt einer Gesellschaft, in der sozial kompetente, in freiwilligen Vereinigungen organisierte Bürger gleichberechtigt und über eine staatlich nicht reglementierte Öffentlichkeit auf friedlichem und kommunikativem Wege ihre Interessen aushandeln und so zur demokratischen Legitimation politischen Handelns beitragen.³ Zivilgesellschaft wurde, in diesem Sinne verstanden, zu einem zentralen Konzept der Transformationstheorie.

In jüngster Zeit ist Zivilgesellschaft aber auch als eine historisch-analytische Kategorie in die Diskussion eingeführt worden, vornehmlich um jenen säkularen Wandel zu beschreiben, den die europäischen Gesellschaften seit dem späten 18. Jahrhundert durchlaufen haben. Diese Einordnung der Zivilgesellschaft unterscheidet sich von dem Verständnis der Zivilgesellschaft im Rahmen der Transformationstheorie dadurch, dass sie weniger normativ ist. Sie fragt nicht nach der Verwirklichung gesetzter Standards, sondern nach den historischen Ausprägungen von Zivilgesellschaft in den unterschiedlichen historischen und kulturellen Kontexten. – Diese beiden Ansätze waren und sind überaus wichtig für die Einordnung dessen, was sich im östlichen Europa nach der Wende von 1989 und mit der Zuwendung zum „Westen“ und zur EU entwickelte.

2 Anthony Giddens: *The Consequences of Modernity*. Stanford: Stanford University Press 1990, S. 79–111.

3 Vgl. Jürgen Habermas: *Faktizität und Geltung*. Frankfurt: Suhrkamp 1992, S. 435–451; siehe auch John Keane: *Democracy and Civil Society*. London: Verso 1988, S. 14.

Ein zentrales Element der Zivilgesellschaft war – und ist – das Engagement der Bürger, etwa in Form von freiwilligen und ehrenamtlichen Tätigkeiten. Die sozial und politisch wichtigste Ausdrucksform waren und sind jene freiwilligen Zusammenschlüsse (Vereinigungen) von Bürgern, die weder staatliche noch individuell-private Aufgaben und Ziele haben, also die Vereine, Zünfte, Klubs, Selbstverwaltungen, Kirchen, nicht-staatlichen Institutionen etc. Es sind dies alles Begriffe, für die es in den unterschiedlichen „westlichen“ Sprachen fast immer genaue Entsprechungen gibt.⁴

Historische Grundlagen

Die ersten Vereine dieser Art entstanden bereits im frühen 15. Jahrhundert in England, und in den folgenden Jahrhunderten erfolgten Vereinsgründungen im gesamten westlichen Europa, später dann auch in Nordamerika. Nicht nur die Zahl der Vereine wurde – und ist – sehr hoch, auch die Fülle der Vereinszwecke, -ziele und -interessen ist nahezu unbegrenzt: Vereine umfassen nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Grundbedingung für Vereine ist im Sinne des Konzepts von Zivilgesellschaft, dass sie Ziele verfolgen, die nicht-staatlich, nicht-privat und nicht-gewinnorientiert sind. Der Soziologe Walther Müller-Jentsch hat die Vielfalt der Vereine in drei Gruppen gegliedert: 1. Selbstzweck-Vereine, die die (Freizeit-)Aktivitäten ihrer Mitglieder pflegen; 2. ideelle Vereine, die externe (z. B. gemeinnützige und weltanschauliche) Ziele verfolgen; und 3. Selbst-/Fremdhilfe-Vereine, die sich z. B. um Hilfsbedürftige kümmern.⁵

Schon früh wurden auch in der Habsburger Monarchie Vereine gegründet. Eine starke Ausweitung der Quantität und auch der gesellschaftlichen Bedeutung brachten im 18. Jahrhundert die Ideen der Aufklärung, die die Entwicklung eines lebendigen Vereinslebens in diesem Raum förderten – bis hinein in die Vojvodina, ins Banat und nach Siebenbürgen, also bis an die äußeren Grenzen des Reiches. In Siebenbürgen waren bereits in der Frühen Neuzeit die „Nachbarschaften“ als Unterstützungsgemeinschaften

4 Zum Beispiel engl. „clubs“, „associations“, „guilds“, „corporations“, „non-governmental organizations“; frz. „associations“, „sociétés“, „clubs“, „unions“.

5 Walther Müller-Jentsch: Der Verein – ein blinder Fleck der Organisationssoziologie. In: Berliner Journal für Soziologie 18 (2008) H. 3, S. 476–502.

ten überaus wichtig und hatte die Freiwilligentätigkeit ganz erhebliche Bedeutung, wie der Soziologe Anton Sterbling aufgezeigt hat.⁶ Damit existierten bereits frühzeitig vielfältige Formen der Selbstorganisation, auch wenn sie noch nicht als Vereinsleben avant la lettre bezeichnet werden kann.

Folgten die Gesellschaften des Habsburger Reiches dem westlichen Paradigma, so lässt sich für die „Europäische Türkei“, also für die fünf Jahrhunderte unter osmanischer Herrschaft stehenden Länder in Südosteuropa, zur Entwicklung von Zivilgesellschaft und Vereinen kaum Ähnliches sagen. Erste zivilgesellschaftliche Ansätze zeigten sich erst in der Periode des Befreiungskampfs im 19. Jahrhundert. Zu konstatieren ist für alle Territorien des Osmanischen Reichs vielmehr das weitestgehende Fehlen von Zivilgesellschaft, insbesondere eines Vereinswesens. Das Osmanische Reich war in seinem Staatsaufbau und seinem grundlegenden Konzept vom Verhältnis zwischen Herrscher und Beherrschten völlig anders strukturiert als die Länder des westlichen Europa. Seine Grundlage war, nach dem Modell des Cäsaropapismus des vorausgegangenen Byzantinischen Reichs, sogar die völlige Vereinigung von weltlicher und geistlicher Macht in der Person des Herrschers. Er war also zugleich Sultan und Kalif und stand seinen Untertanen – über seine regionalen und lokalen Verwalter – unmittelbar gegenüber; sogar die Zünfte (türk. *esnaf*), die man als Vereinigungen sehen könnte, waren sehr eng mit dem Sultan verbunden, also letztlich Organe des Staates.

Im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert erfolgte die „Rückeroberung“ von osmanisch beherrschten Gebieten im Zuge der sogenannten Türkenkriege, die zu einer Ausweitung des habsburgischen Einflussbereichs insbesondere auf dem Gebiet Ungarns führte. In den im Machtbereich der Hohen Pforte verbliebenen Teilen Südosteuropas zeichnete sich ab dem frühen 19. Jahrhundert eine politische und wirtschaftliche Schwächung der osmanischen Herrschaft durch Befreiungskämpfe und durch das Streben nach Bildung neuer Nationalstaaten ab. Schon während der Befreiungskämpfe kam es zur Formierung von ersten Vereinen, die sich aktiv für die nationale

6 Anton Sterbling: Zivilgesellschaftliche Unterentwicklung und ihre Gründe. Der Fall Rumänien und Bulgarien. In: Institut für Donauraum und Mitteleuropa (Hg.): Unbezahlt, aber unbezahlbar. Vom Mehrwert der Freiwilligenarbeit in Europa. Wien: Institut für Donauraum und Mitteleuropa 2011, S. 18–20.

Befreiung und für Volksbildung einsetzten. Nach der Niederlage der Osmanen im Russisch-Osmanischen Krieg (1877–78), der sich vor allem auf dem Gebiet des heutigen Bulgarien abspielte, und den Nationsbildungen wurde die Abwendung von allem Osmanischen und die Übernahme der westlichen Moderne zum zentralen politischen Anliegen aller jungen Nationen im Südosten Europas. Eines der wichtigen Ziele war dabei die Entwicklung von Zivilgesellschaft, insbesondere die Gründung von Vereinen. Sehr hilfreich für dieses Streben war der Einfluss der auf Bestreben der europäischen Großmächte installierten Fürsten und Könige (in Griechenland, Bulgarien und Rumänien waren es Vertreter deutscher Adelshäuser).

Die angestrebte und begonnene „Europäisierung“ trug in der Tat sehr viel zur äußeren Modernisierung der Städte und der noch kleinen neuen bürgerlichen Schichten bei, eine Entwicklung, die weithin als „Fassadenmodernisierung“⁷ bekannt und kritisiert wurde. Sie erreichte nämlich nirgendwo im gesamten nach-osmanischen Südosteuropa die große Masse der ländlichen Bevölkerung – jene 80 Prozent, die auch weiterhin für Jahrzehnte in ihrer traditionellen patriarchalen Kultur verharrten⁸ und in deren Weltsicht der Staat die „feindliche Macht“ war und blieb – und es weitgehend bis heute noch ist.⁹ Sicherheit und Vertrauen wurden – angesichts des auch nach der Gründung des Nationalstaats unverändert „feindlichen Staates“ – allein in den sozialen Bereichen der Vertrautheit und des persönlichen Vertrauens gesucht: Private Netzwerke, Verwandtschaft, Familie, Freundschaft sowie klientelistische Abhängigkeiten blieben die zentralen Referenzpunkte sozialer Beziehungen und Werte – und dies weithin bis heute.¹⁰

7 Vgl. dazu u. a. Klaus Roth: Wie „europäisch“ ist Südosteuropa? Zum Problem des kulturellen Wandels auf der Balkanhalbinsel. In: Nils-Arvid Bringéus u. a. (Hgg.): Wandel der Volkskultur in Europa. Münster: coppenrath Verlag 1988, S. 219–231, hier: S. 224–229.

8 Siehe Ulf Brunnbauer, Wolfgang Höpken (Hgg.): Transformationsprobleme Bulgariens im 19. und 20. Jahrhundert. München: Kubon und Sagner 2007.

9 Jutta Lauth Bacas: Nationale Identität und Wahrnehmung von Europa in Griechenland: Ansichten aus einem „alten“ südosteuropäischen Mitgliedsland. In: Klaus Roth (Hg.): Europäisierung von unten? Beobachtungen zur EU-Integration Südosteuropas. München: forost Arbeitspapiere 2008, S. 27–41.

10 Vgl. Klaus Roth, Ioannis Zelepos (Hgg.): Klientelismus in Südosteuropa. 54. Internationale Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft in Tutzing 5.–9. Oktober 2015. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag 2018.

Allein in der langsam wachsenden städtisch-bürgerlichen Schicht kam es zur Gründung zweckgerichteter Vereine. In Bulgarien konzentrierte sich dies weitgehend auf das hauptstädtische Milieu, aber – wie Wolfgang Höpken bemerkte – bereits Anfang der 1880er- Jahre waren in allen südosteuropäischen Staaten rechtliche Voraussetzungen eines mehr oder weniger freien Vereinswesens gegeben, und es entfaltete sich eine den mitteleuropäischen Vorbildern folgende Vereinskultur. So waren Mitte der 1920er-Jahre in Sofia, das damals knapp über 200.000 Einwohner zählte, 669 Vereine verzeichnet, wobei es sich vor allem um Kultur-, Bildungs- und Wohltätigkeitsvereine handelte.¹¹ Sie erreichten aber nie jene breite gesellschaftliche Bedeutung wie in Mittel- und Westeuropa.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Situation in Rumänien, das erst nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Friedensvertrag vom Trianon (1920) Siebenbürgen zugeschlagen erhielt. Zumindest bis Kriegsende 1945 und dem Beginn der kommunistischen Herrschaft unterschieden sich die verschiedenen Gebiete, aus denen sich „Großrumänien“ nach 1918/1920 zusammensetzte, in ihrem historischen Erbe und ihrer Entwicklung, gerade auch im Bereich der Zivilgesellschaft: Waren die einst habsburgischen Gebiete (sowohl die vormals ungarländischen Regionen Siebenbürgen, Banat und Partium wie auch die cisleithanische Bukowina) durch das eher mitteleuropäische Paradigma von Gesellschaft und Herrschaft geprägt, so waren im übrigen Teil des Landes die Folgen der langen Zugehörigkeit zum osmanischen Paradigma (bzw. im ebenfalls 1918/1920 angeschlossenen Bessarabien: zum Zarenreich) unübersehbar. Es standen sich in Hinsicht auf die zivilgesellschaftliche Entwicklung somit sehr unterschiedliche Traditionen gegenüber.

Auch wenn bereits die „großrumänischen“, später die kommunistischen Regierungen auf die Angleichung der Unterschiede hinarbeiteten, etwa durch Umsiedlungen, und auch das postsozialistische Rumänien versucht, die Disparitäten auszugleichen, so zog sich doch – und zieht sich bis heute – eine „Phantomgrenze“ durch das Land;¹²

11 Wolfgang Höpken: Stadt und Zivilgesellschaft in Südosteuropa: Anmerkungen aus historischer Perspektive. In: Anton Sterbling (Hg.): Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Südosteuropa. München: Verlag Otto Sagner 2009, S. 111–156, hier: S. 116f.

12 Zum Thema „Phantomgrenze“ siehe: Hannes Grandits u. a.: Phantomgrenzen im östlichen Europa. Eine wissen-

eine Grenze, die fast alle Bereiche der Gesellschaft und der Alltagskultur betrifft, von der Religion und heutigen Wahlergebnissen bis hin zu so fundamentalen Alltagsdingen wie die Verbreitung von Wasserhähnen, denn auch, „die Entscheidung, das eigene Haus an die Wasserversorgung anzuschließen, verweist ja auf viel allgemeinere Fragen danach, wie das eigene Zuhause bewohnt und gestaltet wird.“¹³

Analog dürfte die Situation im Nachbarland Serbien sein, das bis heute – aufgrund seiner einstigen Zugehörigkeit zu zwei Imperien – ein kulturell zweigeteiltes Land ist. In den übrigen Ländern der Balkanhalbinsel blieb die Dominanz des osmanischen Erbes weitgehend erhalten, insbesondere auch in Hinsicht auf das Thema der Zivilgesellschaft und des Vereinswesens.

Die kommunistische Periode und ihre Folgen bis heute

Von nachhaltiger Bedeutung für die (verzögerte) Herausbildung einer Zivilgesellschaft waren jene 45 Jahre, die den größten Teil der Balkanhalbinsel vom Westen und dessen gesellschaftlicher Entwicklung entfernten: Die in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende und 1989 zu Ende gehende Periode des Staatssozialismus hatte für alle betroffenen Länder gerade in diesem wichtigen Bereich der gesellschaftlichen Entwicklung verheerende Auswirkungen, deren gravierende Folgen bis in die Gegenwart hinein spürbar sind. Nach der Machtergreifung der Kommunisten begann – auf der Basis der kommunistischen Ideologie – ein fast unerbittlicher Kampf gegen den „Klassenfeind“, vor allem die „Bourgeoisie“ und ihre bürgerliche Kultur. Tausende Vertreter des Bürgertums wurden liquidiert oder verließen ihr Land. Für die zivilgesellschaftliche Entwicklung im östlichen Europa bedeutete dies eine Katastrophe, da alle vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen zerschlagen, alle Vereine

schaftliche Positionierung. In: dies. (Hgg.): *Phantomgrenzen. Räume und Akteure in der Zeit neu denken*. Göttingen: Wallstein Verlag 2015, S. 13–56, hier: S. 18.

13 Siehe Béatrice von Hirschhausen u. a.: *Phantomgrenzen zwischen Erfahrungsräumen und Erwartungshorizonten. Konzeptionelle Reflexionen an einem empirischen Beispiel*. In: ebenda, S. 84–106, hier: S. 86. Zahlen und Karten zum Vereinswesen liegen leider nicht vor, etwa aktuelle Vergleichsstudien zum Vereinswesen in den verschiedenen Regionen Rumäniens.

sowie alle Freiwilligkeitsaktivitäten verboten wurden. An ihre Stelle traten zentral von der kommunistischen Partei bzw. vom Staat gelenkte „Vereinigungen“ und Organisationen, die ideologisch gleichgeschaltet waren und selten auf Freiwilligkeit basierten, allenfalls auf einer vom Staat eingeforderten bzw. angeordneten „Freiwilligkeit“.¹⁴ Zivilgesellschaftliche Initiativen und Aktivitäten wurden, wenn sie denn überhaupt möglich waren, in den Untergrund oder ins Privatleben verdrängt. Die einzigen Institutionen, die eine gewisse Ausnahme bildeten, wiewohl sie unter ständiger Überwachung standen, waren die Kirchen.

Der Zusammenbruch des kommunistischen Herrschaftssystems Ende 1989 kam für fast alle Menschen in Ost und West überraschend.¹⁵ Und überraschend schnell wurden nach dieser politischen Wende dann auch – unter der Ägide des „siegreichen Westens“ – die Ziele des nun bevorstehenden Prozesses der „Transition“ oder „Transformation“ definiert. An seinem Ende stand stets das westeuropäische, häufig auch das US-amerikanische Modell. Umgehend einzuleiten sei, so die Vorgabe, der Aufbau 1. von parlamentarischen Demokratien, 2. einer Marktwirtschaft auf neoliberal-kapitalistischer Basis, 3. eines Rechtsstaats nach Vorbild der EU-Staaten und der USA („rule of law“) – sowie 4. von Zivilgesellschaften, wobei die „civil society“ US-amerikanischer Prägung mit ihren NGOs (Non-Governmental Organizations) als wichtiges Leitbild dienen sollte.

Die Errichtung von „vibrant civil societies“,¹⁶ also von „pulsierenden Zivilgesellschaften“ wurde unmittelbar nach der Wende in den 1990er-Jahren ein Ziel von höchster Priorität. In kürzester Zeit kam es in allen postsozialistischen Ländern zu unzähligen Gründungen von NGOs jeglicher Art – und es standen für dieses als prioritär formulierte Ziel auch große Mengen an Fördermitteln aus dem „Westen“ bereit, insbesondere für Projekte mit zivilgesellschaftlicher Signifikanz.¹⁷ Aufschlussreich für deren sehr

14 Das bekannteste Beispiel ist der „freiwillige“, realiter aber pflichtmäßige Arbeitseinsatz am Samstag, in Bulgarien der „säbotnik“ nach dem sowjetischen Vorbild des „subotnik“.

15 Siehe hierzu den Band von Alexei Yurchak: *Everything Was Forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation*. Princeton: Princeton University Press 2005.

16 Vgl. u. a. Jocelyn Viterna, Emily Clough, Killian Clarke: Reclaiming the „Third Sector“ from „Civil Society“. A New Agenda for Development Studies. In: *Sociology of Development* 1 (2015) H. 1, S. 173–207.

17 Siehe Steven Sampson: Jenseits der Transition: Elitekonfigurationen auf dem Balkan neu gedacht. In: Christopher

begrenzten Erfolg ist der kritische Text des Anthropologen Steven Sampson über seine Tätigkeit als Berater in Albanien.¹⁸ Um das Jahr 2000 gab es in Bulgarien mit seinen damals 7,5 Millionen Einwohnern etwa 27.000 NGOs; in Rumänien waren es 1999 laut Experten 25.200 NGOs und zudem noch etwa 4.000 Gewerkschaften. Die Zahlen sind nach dem Jahr 2000 deutlich gesunken, vor allem aber nach dem EU-Beitritt der beiden Länder 2007.

Feststellen können wir, dass die Bereitschaft zur Überwindung des kommunistischen Erbes und zur Anpassung an die neuen, von außen einströmenden wirtschaftlichen, politischen, rechtlichen und sozialen Realitäten in den 1990er-Jahren sehr groß war. Zu den großen Hoffnungen und Erwartungen gehörte gewiss auch die rasche Errichtung zivilgesellschaftlicher Strukturen, wobei in den gebildeten Schichten „Zivilgesellschaft“ als „Gesellschaft mündiger Bürger“ zu einem fast magischen Wort wurde. Ihr wurde die Kraft zugesprochen, die Folgen von Jahrzehnten sozialistischen Totalitarismus zu überwinden und Gegenkräfte zu aktivieren, Anomie zu beseitigen, die parlamentarische Demokratie zu verankern, die Kräfte des Marktes freizusetzen, die Familie zu stärken, republikanische Tugenden und Werte zu wecken und viele weitere positive Entwicklungen anstoßen zu können.

Übersehen darf man dabei nicht, dass die nahezu euphorische Hinwendung zur Zivilgesellschaft als politisches Ziel im östlichen Europa – ausgehend von Polen und Ungarn – bereits um die Mitte der 1980er-Jahre begonnen hatte und dass der Begriff nach der Wende vollends ins Zentrum des gesellschaftlichen Diskurses geriet – und dann vor allem auch ins Zentrum der politischen und wirtschaftlichen Fördermaßnahmen der USA und der EU. Dieses Aufgreifen und die positive Wertbesetzung des Begriffs bereits vor der Wende waren für den Westen überraschend und können als eine der Paradoxien der Transformation gelten: Nicht nur, dass der Begriff der Zivilgesellschaft damals aus dem westlichen Diskurs weitgehend verschwunden war. Auch die Sache an sich steckte dort in einer Krise.

Hann (Hg.): Postsozialismus. Transformationsprozesse in Europa und Asien aus ethnologischer Perspektive. Frankfurt am Main: Campus Verlag 2002, S. 425–452.

18 Steven Sampson: The social life of projects. Importing civil society to Albania. In: Chris Hann, Elizabeth Dunn (Hgg.): Civil Society. Challenging Western Models. London, New York: Routledge 2005, S. 119–139.

Einflussreiche Soziologen hatten bereits in den 1980er-Jahren eine Krise der Zivilgesellschaft diagnostiziert: Zivilgesellschaft benötige zu ihrem Funktionieren, wie Richard Sennett betonte, ganz essenziell die Öffentlichkeit und das öffentliche Leben – und beides sei durch die „Tyrannei der Intimität“¹⁹, durch den massenhaften Rückzug ins Private akut gefährdet. Ähnlich skeptisch äußerte sich auch Robert Putnam,²⁰ und Jean Elshtain beklagte einen „loss of civil society“, eine „emptiness, and kind of evacuation of civic spaces“.²¹

Noch heftigere Kritik kam in der Modernisierungs- und Entwicklungsdebatte um die ehemaligen Ostblockstaaten auf, in der die Zivilgesellschaft als „westliches Produkt“ hinterfragt und sogar der Vorwurf des „Modell-Imperialismus“ erhoben wurde. Besonders Francis Fukuyamas Buch vom „Ende der Geschichte“²², dem zufolge nach dem Fall des Sowjetimperiums die Menschheit durch die weltweite Verbreitung westlich-liberaler, zivilgesellschaftlicher Demokratie als finaler Form humanen Regierens den Endpunkt ihrer ideologischen Entwicklung erreicht habe, wurde als „westlicher Triumphalismus“ kritisiert. Außerhalb Europas und der USA wurde betont, dass Demokratie und Zivilgesellschaft auf Wertprämissen des Westens beruhten, die mit den eigenen Traditionen weithin unvereinbar seien. Zivilgesellschaft könne also nicht universalisiert und globalisiert werden – eine Behauptung, die etwa durch die neuere Entwicklung in Teilen der arabischen Welt bestätigt zu werden scheint.

Die Gesellschaften des östlichen Europa beteiligten sich an dieser Debatte über Universalität der Zivilgesellschaft erst mit einiger Verspätung, als der Begriff mit der demokratischen Wende in diesen Ländern seine Hochkonjunktur bereits überschritten hatte. Westlicher Triumphalismus und östliche Wende-Euphorie waren inzwischen abgeklungen, und angesichts der immer deutlicher bemerkbaren massiven Transformationsprobleme regten sich nun Zweifel, ob die mehr als zweihundertjährige

19 Richard Sennett: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität. Frankfurt am Main: S. Fischer 1983.

20 Robert Putnam: Bowling Alone. America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy 6 (1995) H. 1, S. 65–78.

21 Jean B. Elshtain: Democracy on Trial. New York: BasicBooks 1995, S. 5.

22 Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler Verlag 1992.

westliche Erfahrung mit Zivilgesellschaft unmittelbar auf die Länder vor allem des *südöstlichen* Europa übertragbar sei, ob die zahllosen westlichen Programme zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen wirklich ihr Ziel erreichten, und ob es, wie der Osteuropa-Kenner Richard Swartz pointiert formulierte, wirklich ausreiche, nur

„die Spielregeln zu verändern, und die Osteuropäer würden sich sofort verhalten wie Adam Smiths *homo oeconomicus* und sich zugleich an der Wahlurne wie ein vernünftiger Bürger aufführen. Eher schon *mimen* sie dieses Verhalten, so als wäre es eine Mode, die bei nächster Gelegenheit von einer neuen abgelöst wird.“²³

Ist also der Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen im östlichen Europa nur Mimikry, opportunistische Anpassung an die Vorgaben „von oben“ – wobei dieses „oben“ die westlichen Geldgeber wie auch die politischen Eliten sein mögen? Und können solche Fragen und Aussagen überhaupt für das ganze östliche Europa – von Tallinn bis Sofia – in gleicher Weise formuliert werden?

Angesichts der Tatsache, dass die meisten europäischen postsozialistischen Länder inzwischen EU-Mitglieder sind, haben diese Fragen noch größeres Gewicht erhalten. So ist es nicht verwunderlich, dass Zivilgesellschaft weiterhin Gegenstand wissenschaftlicher Diskurse ist, die in Konferenzen und Publikationen ihren Niederschlag finden.²⁴ Der Diskurs wurde dabei immer weniger normativ-politisch und immer mehr historisch-soziologisch geführt, und die Fragestellungen waren zunehmend an der sozialen Realität orientiert und bezogen die historischen und kulturellen Dimensionen ein.

Nach bald drei Jahrzehnten Erfahrungen mit dem Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen ist heute viel Ernüchterung, aber auch Nüchternheit zu konstatieren. Die Entwicklung von „vibrant civil societies“ ist bei weitem nicht in dem erwarteten Maße eingetreten, wobei allerdings die Situation in den Ländern Südosteuropas weit kritischer beurteilt wird als die in den Ländern des östlichen Mitteleuropas. Schon 1999 hat

23 Richard Swartz: Leidensticket nach Westen. Die Osteuropäer vor der Integration. In: Süddeutsche Zeitung, 10.2.2003, S. 3. Hervorhebungen im Original.

24 Siehe z. B. Sterbling: Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Südosteuropa.

der Historiker Holm Sundhaussen auf die „historisch bedingte Schwäche der Zivilgesellschaft“ in Südosteuropa verwiesen.²⁵

Konzentrieren wir uns auf die EU-Staaten Südosteuropas, so scheint eine ganze Reihe von Faktoren für den geringen Erfolg der Bemühungen der EU und der USA verantwortlich zu sein. Einige dieser in der Fachliteratur, den Medien und den „Fortschrittsberichten“ der EU angeführten Faktoren seien kurz angesprochen. Vorausgeschickt sei dabei, dass nach Meinung jener Fachleute, Diplomaten und Politiker, die sich mit der Region besser auskennen, die Transformation der postsozialistischen Länder in den oben angeführten vier Bereichen nur sehr bescheidene Fortschritte gemacht hat:

- Der Aufbau parlamentarischer Demokratien ist, wenn wir den Kennern der Region folgen, nur formal gelungen, also in den äußeren Formen und Formalien. Sie sind realiter, so der Schweizer Politologe Nicolas Hayoz, nur Quasi-Demokratien,²⁶ die in Wirklichkeit nach klientelistischen Prinzipien funktionieren und in allen Bereichen ein ungewöhnlich hohes Maß an Korruption aufweisen.
- In Hinsicht auf die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit nach dem Vorbild der „alten“ EU-Staaten stellen die Fortschrittsberichte seit Jahren unverändert enorme Defizite fest. Das aktuellste und schockierendste Beispiel ist wohl der Versuch der rumänischen Parlamentarier, ein Gesetz zu beschließen, das nahezu alle wegen Amtsmissbrauch verurteilten Amtsträger straffrei stellen soll; es hat landesweite Massenproteste ausgelöst.
- Auch beim Aufbau einer Marktwirtschaft nach neoliberal-kapitalistischen Prinzipien werden erhebliche Mängel festgestellt. So hat eine bulgarische Ökonomin vor einigen Jahren in einer Fernsehdiskussion – trocken-sachlich – festgestellt, dass die Wirtschaft ihres Landes realiter eine „Kartellwirtschaft“ sei. Wettbewerb werde hauptsächlich von im Land tätigen ausländischen Firmen angestoßen.

25 Holm Sundhaussen: Europa balcanica. Der Balkan als historischer Raum Europas. In: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 626–653, hier: S. 652.

26 Nicolas Hayoz: Das Syndrom der Machtkultur in Osteuropa. In: Nicole Gallina, Katerina Gehl (Hgg.): Kultur der politischen Eliten in Osteuropa. Wien, Zürich: LIT Verlag 2016, S. 55–71.

Eine Zivilgesellschaft und ein „normales“ Vereinswesen auszubauen ist unter diesen Rahmenbedingungen sehr schwierig. Zusätzlich – und grundlegend – erschwert werden solche Bemühungen durch die Entwicklung, die das Alltagsleben, die Alltagskultur, in den Gesellschaften genommen hat, verstärkt durch die Folgen der Transformation:

Als erster Punkt sei hier die in allen südosteuropäischen Gesellschaften unübersehbare Dominanz von Familie und Verwandtschaft, von Freunden, Kollegen und Nachbarn in allen Sozialbeziehungen angeführt. Bei den in riesiger Zahl gegründeten NGOs stellte sich bald heraus, dass es fast durchweg fiktive „Vereine“ waren, bei denen es allein darum ging, für einen Kreis von Verwandten, Freunden oder Kollegen mit aufgeblasenen Projektanträgen Gelder einzuwerben. Die in den Anträgen formulierten Ziele oder gar das Gemeinwohl waren dabei in der Regel beliebig oder irrelevant.

Widersprachen diese zahlreichen „NGOs“ der Definition von „Verein“ darin, dass sie eigentlich nur private Interessen verfolgten, so mehrte sich nach dem EU-Beitritt die Zahl solcher „Vereine“, die die andere Grenze überschritten, nämlich jene zum *Staat* und seinen Repräsentanten. Gemeint sind die – nach dem EU-Beitritt – auftauchenden „PONGOs“ und „GONGOs“ – Politically Owned NGOs und Government Owned NGOs. Stefan Barth, Geschäftsführer einer in Südosteuropa tätigen Stiftung, stimmt in seiner Masterarbeit²⁷ mit den Ergebnissen des Sofioter Center for the Study of Democracy überein, dass der Wunsch der EU-Kommission nach Einbindung der Zivilgesellschaft und die zur Verfügung gestellten Finanzierungsinstrumente zur Entstehung solcher „Pseudo-NGOs“ von Politikern oder gar von Regierungen geführt haben. Kritisch sieht dies auch Sonja Schüler, die umfassend über NGOs in Bulgarien und Rumänien gearbeitet hat.²⁸ Die Entstehung und das Wachstum dieser künstlichen Zivilgesellschaft aus „Quasi-Nicht-Regierungsorganisationen“ hat selbstverstärkende Wirkung. Sie stehen in Konkurrenz zu den Organisationen der unabhängigen Zivilgesellschaft, weil PONGOs und GONGOs speziell für die EU-förderfähigen Themenfelder gegründet wurden und durch ihre politischen Beziehungen und ihren Zugang zu Informatio-

27 Stefan Barth: *Low Trust Societies and European Funding Policies in Situations of Transformation in Southeastern Europe.* „Why is participation of civil society actors in postcommunist countries constrained?“ Heidelberg 2014.

28 Sonja Schüler: *Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Bulgarien am Beispiel Umweltschutz.* In: Sterbling (Hg.): *Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Südosteuropa*, S. 285–300.

nen potenter sind.²⁹ Auch die Beiträger des Bandes *Civil Society in Central and Eastern Europe: Challenges and Opportunities* beklagen, dass das System missbraucht werde: „[P]ublic officials established specific CSOs in order to be able to receive EU funds.“³⁰

Die Grundidee von Vereinen und Zivilgesellschaft als zwischen Staat und Privat stehendem „dritten Sektor“ wird von ihnen ebenso ad absurdum geführt wie von den o. g. „privaten“ Vereinen. Kenner der realen Situation in Bulgarien und Rumänien bestätigen daher zu Recht die Auffassung von einer Mimikry der Zivilgesellschaft. Es ist eine Mimikry, die wesentlich von der Unkenntnis der realen Situation vor Ort in der Brüsseler Bürokratie unterstützt wird.

Interessant ist in diesem Zusammenhang allerdings die Tatsache, dass – abgesehen von einigen Sport- und Wandervereinen – die NGOs im Bereich des Naturschutzes eine Ausnahme bilden; ein wichtiger Grund wird von Fachleuten darin gesehen, dass diese aus Protestbewegungen hervorgegangenen Vereine die einzigen mit einer Vorgeschichte in der Spätphase des Sozialismus seien und deswegen als vertrauenswürdig gelten: Aufgeführt werden können beispielsweise die Massenproteste in Ruse (in den 1980er-Jahren) gegen die Giftwolken, die von dem Chemiewerk im rumänischen Giurgiu vom Wind über die Donau geblasen wurden und massenhaft schwerste Gesundheitsschäden verursachten. Die Naturschutz-NGOs sind heute die aktivsten, wie Sonja Schüler beobachtet hat, in Bulgarien wie auch in Rumänien, wo beispielsweise Massenproteste gegen die Goldgewinnung in Roșia Montană stattfanden. In den letzten Jahren haben in Rumänien Proteste gegen Machtmissbrauch, Korruption und illegale Eingriffe in die Unabhängigkeit von Justiz und Presse starke Proteste gegen die aus Sozialisten und Liberalen gebildete Regierung ausgelöst. In diesem Kontext bliebe noch zu untersuchen, welche Rolle die Rückkoppelung der vielen in wohlhabenderen EU-Staaten tätigen rumänischen Arbeitsmigranten in ihre rumänische Heimat spielen.

29 Siehe Sonja Schüler: „Was für ein Angebot können Sie uns machen, das wir nicht ablehnen können?“ Politische Wahrnehmungen und Wahrnehmungen des Politischen in der Balkanregion am Beispiel Bulgariens. In: Gallina, Gehl (Hgg.): Kultur der politischen Eliten in Osteuropa, S. 111–132, hier: S. 118.

30 Peter Vandor u. a. (Hgg.): *Civil Society in Central and Eastern Europe. Challenges and Opportunities*. Wien: ERSTE Stiftung 2017.

Fragen wir nach den Gründen der problematischen Entwicklung der Zivilgesellschaft und des Vereinslebens, so lassen sich vor allem zwei gravierende Faktoren ausmachen: Zum einen ist der sehr spezifische und problematische Verlauf der Transformation zu nennen, der dafür sorgte, dass die vielfältigen und unübersichtlichen Prozesse des politischen, sozialen und vor allem wirtschaftlichen Wandels in allen postsozialistischen Gesellschaften eine große Mehrheit aus Verlierern und eine geringe Zahl von Gewinnern hervorbrachten. Eine erhebliche Zahl der Abgehängten, der Verlierer dieser unkontrollierten Transformation, hat ihr Heimatland verlassen und ihr Auskommen in den westeuropäischen Ländern oder den USA gesucht.

Wichtiger noch scheint ein intrinsischer Grund zu sein, der sehr tief in den Gesellschaften des einstmaligen osmanischen Teils der Balkanhalbinsel verankert ist: Alle Gesellschaften sind – aufgrund der Erfahrung von fünf Jahrhunderten Fremdherrschaft – nicht nur gekennzeichnet durch ihre Sicht auf den Staat als „feindliche Macht“, sondern vor allem durch die nahezu völlige Dominanz des privaten Vertrauens, eines Vertrauens, das eben nur die „vertrauten“ und aus Erfahrung „vertrauenswürdigen“ Menschen einschließt, also primär die Familie und die Verwandtschaft, gute Freunde, Nachbarn und Kollegen. Das anonyme, institutionelle Vertrauen, nach Anthony Giddens ein zentrales Kennzeichen moderner Gesellschaften, ist in diesen Gesellschaften (und solchen mit ähnlicher historischer Erfahrung) sehr schwach ausgeprägt. Der Sozialanthropologe Christian Giordano bezeichnet diese durch ihre historische Erfahrung geformten Gesellschaften daher als „Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens“.³¹ Bulgarien und Rumänien befinden sich, wie die Autoren des Bandes *Civil Society in Central and Eastern Europe* betonen, in der Gruppe der Länder mit einem „low level of institutional trust“.³²

Soziales Vertrauen – über die Familie und die engen Freunde hinaus – ist jedoch die wichtigste Basis der Zivilgesellschaft und damit auch die von Vereinen. Angesichts

31 Christian Giordano: Privates Vertrauen und informelle Netzwerke. Zur Organisationskultur in Gesellschaften des öffentlichen Misstrauens. Südosteuropa im Blickpunkt. In: Klaus Roth (Hg.): Soziale Netzwerke und soziales Vertrauen in den Transformationsländern. Ethnologische und soziologische Untersuchungen. Zürich, Berlin: LIT Verlag 2007, S. 21–49.

32 Siehe Vandor u. a. (Hgg.): *Civil Society in Central and Eastern Europe*.

dieser Tatsache ist es nicht überraschend, dass die Gesellschaften und besonders die Eliten Südosteuropas eine sehr große Neigung zu jenen Beziehungen haben, die unmittelbar auf privatem Vertrauen gründen, also zu Freundschaften sowie zu klientelistischen Beziehungen und Netzwerken. Die Macht eben dieser Beziehungen hat im Jahre 2015 die Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft zum „Klientelismus in Südosteuropa“³³ überaus deutlich vor Augen geführt, etwa auch die Tatsache, dass Vereine, die über den engen Kreis der Freunde, Verwandten und Klientel-Netzwerke hinausgehen, es prinzipiell schwer haben, eine Basis des Vertrauens aufzubauen.

Die bisher genannten dominanten gesellschaftlichen Bedingungen verbinden sich auf recht „natürliche“ Weise mit einer zweiten Eigenschaft, die sich aus der Dominanz des personalen Vertrauens ergibt. In allen Gesellschaften des eben beschriebenen Typs werden informelle Beziehungen zwischen Menschen deutlich bevorzugt, formelle Beziehungen hingegen eher vermieden oder offen abgelehnt. Die beiden schon erwähnten Kenner des östlichen und südöstlichen Europa, Christian Giordano und Nicolas Hayoz, haben diesem sehr wichtigen Aspekt den umfangreichen Sammelband *Informality in Eastern Europe* gewidmet.³⁴

Vereine aber benötigen für ihr Funktionieren ein gewisses Maß an Formalität, nicht nur in ihrer (schriftlichen) Satzung, sondern auch in den Umgangsformen, in der Beachtung von Regeln usw., gerade auch im Falle von Konflikten. Das Vorhandensein von festen Satzungen und Normen wie auch die Verpflichtung auf den Vereinszweck und damit auf das jeweils definierte „Gemeinwohl“ schafft klare Verantwortungen wie auch Zwänge. Für die rumänischen NGOs beschreibt Fanny Sbaraglia hingegen ein hohes Maß an Informalität auf allen Ebenen, inklusive Klatsch und Ausgrenzungen.³⁵ Die Dominanz informeller Verhaltensweisen aber befördert jene von Richard Sennett als Gefahr für die Zivilgesellschaft beschriebene Personalisierung aller Beziehungen, die bereits erwähnte „Tyrannei der Intimität“. Hinzugefügt sei, dass auch die gesamte

33 Siehe Roth, Zelepos (Hgg.): Klientelismus in Südosteuropa.

34 Christian Giordano, Nicolas Hayoz (Hgg.): *Informality in Eastern Europe. Structures, Political Cultures and Social Practices*. Bern, Berlin: Peter Lang Verlag 2013.

35 Fanny Sbaraglia: „They are with the Others“. From Gossip to Stigmatization, Romanian Civil Society through an Informal Perspective. In: Giordano, Hayoz (Hgg.): *Informality*, S. 279–296.

politische Elite in Südosteuropa einen Stil der Informalität pflegt, wie Katerina Gehl und der Autor dieses Beitrags am Beispiel Bulgariens aufgezeigt haben.³⁶ Hierzu fügt sich die oben erwähnte Tatsache, dass die Grenzen zwischen politischer Klasse, Zivilgesellschaft und Privatleben oft sehr verschwommen sind.

Abschließen möchte ich mit dem aktuellen Beispiel einer Delegation von Sportfunktionären aus Frankreich, Belgien, Österreich und anderen „westlichen“ Ländern, die 2017 eine Erkundungsreise durch mehrere südosteuropäische Länder (Bulgarien, Griechenland, Moldau, Mazedonien, Rumänien u. a.) machte. Sie wollte im Rahmen eines EU-Projekts für den Bereich „Traditional Sports and Games“ Kontakte zu Vereinen und Verbänden aufbauen. Grundlage war die Überzeugung, dass diese traditionellen Sportarten und Spiele nur dann eine Chance des Überlebens haben, wenn sie von festen Strukturen wie Vereinen und Verbänden getragen würden. Dr. Petăr Petrov³⁷, der sich durch seine Forschungen mit diesen Sportarten bestens auskennt, war gebeten worden, die Gruppe als Experte zu begleiten, zu führen und auch zu beraten.

Das Ergebnis war für die Sportfunktionäre überraschend, nicht aber für den Kenner der Region. Vereine und Verbände, die für eine EU-Förderung als Partner hätten agieren können, waren fast nirgends anzutreffen. Stattdessen fanden die Sportfunktionäre in allen Ländern nur informelle Gruppen mit kurzfristiger Zielsetzung, Planung und Gewinnorientierung vor, wobei die Organisation dieser Gruppen fast ausschließlich auf verwandtschaftlichen, freundschaftlichen und/oder ethnischen Loyalitäten beruhte. Aufschlussreich war dabei der Sonderfall Mazedonien, wo vor 20 Jahren ein Nationalverband mit 16 Vereinen für das traditionelle Ringen gegründet worden war. Seine oberen Funktionäre nutzten ihre Position dazu, Gelder in jene Vereine fließen zu lassen, in denen ihre Freunde und Verwandten im Vorstand saßen, und bei Wettbewerben eben diese Vereine zu bevorzugen. Als vor einem Jahr die benachteiligten Vereine die (ethnisch-mazedonischen) Vorstände des Verbands abwählten, wurde ein (ethnisch)

36 Katerina Gehl, Klaus Roth: The Everyday Culture of Informality in Post-Socialist Bulgarian Politics. In: Giordano, Hayoz (Hgg.): Informality, S. 197–221.

37 Dr. Petrov ist Associate Professor am Institut für Ethnologie und Folkloristik der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften in Sofia. Für seine detaillierten Auskünfte möchte ich ihm herzlich danken.

albanischer Funktionär an die Spitze gewählt, der nun – neben verwandtschaftlichen und freundschaftlichen – auch ethnische Loyalitäten in den Vordergrund rückte.

Conclusio

Aus meinen Ausführungen sollte hervorgegangen sein, dass es sich bei Vereinswesen und Zivilgesellschaft in Südosteuropa um ein sehr grundlegendes, für die künftige Entwicklung der Länder wichtiges Themenfeld handelt. Es ist ein Themenbereich, der besonders von Außenstehenden (wie etwa westlichen Politikern, Funktionären und Beamten) ein hohes Maß an Kenntnis der Verfasstheit, der sozialen Normen und Werte der Gesellschaften verlangt. Die Tatsache aber, dass die „Fortschrittsberichte“ der EU seit Jahren gerade in diesem Bereich kaum Fortschritte vermelden können, in manchen Fällen sogar dezent Rückschritte andeuten müssen, zeigt, dass dieses Wissen um die tieferen historischen und sozio-kulturellen Gründe kaum offen vermittelt wird. Weit größere Bedeutung als die „Fortschrittsberichte“ der EU haben für die gesellschaftliche Entwicklung der betroffenen Länder die Reaktionen der Bevölkerungen, etwa die Massenproteste gegen die politische Klasse in Rumänien.

Klaus Roth, geboren 1939 in Hamburg, studierte an den Universitäten Hamburg, Freiburg im Breisgau und Aberdeen sowie an der Indiana University Anglistik, Geografie und Slawistik. Nach einer dreijährigen Tätigkeit als Gymnasiallehrer wurde er 1975 an der Universität Freiburg promoviert. Er war zunächst als Assistent an der Westfälischen Friedrich-Wilhelms-Universität Münster beschäftigt, ehe er 1982 einen Lehrstuhl für Volkskunde an der Ludwig-Maximilians-Universität München übernahm, den er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2004 innehatte. Zu seinen wissenschaftlichen Schwerpunkten in Forschung und Lehre zählen unter anderem Erzählforschung, Volkskunde Südosteuropas und interkulturelle Kommunikation. Neben zahlreichen Ehrenämtern in wissenschaftlichen Institutionen ist er Herausgeber der Münchner Beiträge zur Interkulturellen Kommunikation und der Zeitschrift *Ethnologia Balkanica*.

E-Mail: k.roth@ekwee.uni-muenchen.de

Zusammenfassung

Zivilgesellschaft und Vereinswesen in Südosteuropa

Der Beitrag diskutiert die Bedeutung von Zivilgesellschaft und Vereinswesen im heutigen Südosteuropa. Vor dem historischen Hintergrund der zivilgesellschaftlichen Entwicklung im westlichen Europa, die eng mit dem Aufkommen eines Bürgertums seit dem Mittelalter und dessen Streben nach Gemeinwohl verbunden ist, widmet sich der Autor der spezifischen Situation in Südosteuropa und dessen Erbe zweiter imperialer Strukturen. Während in den habsburgischen Gebieten rasch Vereine gegründet wurden, waren Gesellschaften unter osmanischer Herrschaft meist von inoffiziellen Netzwerken, Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen und Klientelismus geprägt. Die auch heute noch nachrangige Bedeutung von Vereinszusammenschlüssen in Südosteuropa erklärt sich aus den Folgen der postkommunistischen Transformation, die zu einem Rückzug ins Privatleben und die Wahrnehmung des Staates als ständigen Feind führte. Aus diesem Grund verschwammen in vielen Gesellschaften Südosteuropas die Grenzen zwischen politischer Klasse, Zivilgesellschaft und Privatleben, wie sich in zahlreichen EU-Berichten widerspiegelt. In seinen abschließenden Überlegungen werden die Massenproteste der rumänischen Bevölkerung gegen die Regierung jedoch als ein optimistisches Beispiel für eine wachsende Zivilgesellschaft genannt.

Abstract

Civil Society and Associations in Southeastern Europe

The article discusses the importance of civil society and associations in present-day Southeastern Europe. Against the historical backdrop of the development of civil society in Western Europe, which is closely related to the emergence of a middle class since the Middle Ages and its pursuit of the common good, the author devotes himself to the specific situation in Southeastern Europe and its legacy of two imperial structures. While associations proliferated in the Habsburg-controlled areas, societies under Ottoman rule were mostly characterized by unofficial networks, kinship and friendship relationships and clientelism. The still subordinate importance of associations in Southeastern Europe can be explained by the consequences of the post-communist transformation, which led to a retreat into private life and the perception of the state as a constant enemy. For this reason, the boundaries between political class, civil society and private life blurred in many societies in Southeastern Europe, as is reflected in numerous EU reports. In his final considerations, however, the mass protests by the Romanian population against the government are cited as an optimistic example of a growing civil society.

Keywords: Bulgaria, civil society, Ottoman empire, Habsburg empire, communism, transformation